

## Gemeinsame Pressemitteilung

### **pro familia und PARITÄTISCHER begrüßen Abschaffung von Paragraph 219a Die Verbände fordern Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen**

Stuttgart 24.06.2022 Der PARITÄTISCHE und pro familia Baden-Württemberg begrüßen den heute im Bundestag gefassten Beschluss zur Abschaffung des Paragraph 219a Strafgesetzbuch. Das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche hat die Rechte von Frauen auf Selbststimmung und freie Arztwahl massiv verletzt. Es ist jetzt Sache der Länder, die Versorgung und barrierearme Beratungsangebote flächendeckend zu sichern und für eine fundierte Übersicht über Arztpraxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, zu sorgen. Darüber hinaus fordern die Verbände, Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich zu entkriminalisieren. Dazu müsse der Paragraph 218 raus aus dem Strafgesetzbuch.

„Der freie Zugang zu Information ist die Grundlage dafür, selbstbestimmt und fundiert Entscheidungen treffen zu können. Deshalb begrüßen wir den Beschluss der Bundesregierung, das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche abzuschaffen außerordentlich“, erklärt Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg. Das Land müsse allen betroffenen Frauen wohnortnah die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs und die freie Wahl der Methode ermöglichen. Bisher gebe es in Baden-Württemberg keine gesicherte Datenlage über Arztpraxen, Krankenhäuser und Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, über die Kapazitäten und die angewandten Methoden. Das muss sich schnell ändern. Eine solche Adressdatei müsse länderspezifisch gepflegt und ständig auf Versorgungssicherheit überprüft und aktualisiert werden, so die Vorstandsvorsitzende.

„Die Abschaffung des Paragraph 219a ist ein längst überfälliger Schritt, Frauen zu ihrem Grundrecht auf Information zu verhelfen und gegen die Kriminalisierung von Ärztinnen. Nun geht es darum, das Menschenrecht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper auch in Deutschland zu verwirklichen: Der Schwangerschaftsabbruch muss künftig als Teil der Gesundheitsversorgung und nicht im Strafrecht geregelt werden!“, sagt Ruth Weckenmann, Vorsitzende von pro familia Baden-Württemberg.

Die Verbände fordern außerdem, dass medizinische Aspekte von Schwangerschaftsabbrüchen sowohl Bestandteil der Ausbildung, als auch der Fortbildung für Mediziner\*innen werden und die Vergütungspauschale überprüft wird. Dazu gehöre auch, dass die Kliniken im Land Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung in ihr Portfolio aufnehmen.

### **Pressekontakt**

pro familia Baden-Württemberg: Gudrun Christ, Geschäftsführerin, Tel.: 0711-2599353, mobil 0170-6311280, [gudrun.christ@profamilia.de](mailto:gudrun.christ@profamilia.de)

DER PARITÄTISCHE Baden-Württemberg: Hina Marquart M.A., Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Tel. 0711/2155-207, mobil: 0172-7148625, [marquart@paritaet-bw.de](mailto:marquart@paritaet-bw.de)

## **Hintergrundinformationen:**

### **pro familia Baden-Württemberg**

pro familia Baden-Württemberg ist Fachverband für Sexualität, Partnerschaft und Familienplanung. Zu pro familia gehören 18 Kreis- /Ortsvereine mit 19 Beratungsstellen und fünf Außenstellen im Land. Die Beratungsstellen bieten Sexual-, Schwangerschafts-, und Paarberatung sowie Veranstaltungen zur sexuellen Bildung, darunter sexualpädagogische Angebote in Schulen und Fortbildung für Eltern, Lehrkräfte und Betreuungspersonal. pro familia Baden-Württemberg wird durch das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg gefördert und ist Mitglied im PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg und im Landesfrauenrat. Weitere Informationen unter [www.profamilia.de/baden-wuerttemberg](http://www.profamilia.de/baden-wuerttemberg)

### **DER PARITÄTISCHE Baden-Württemberg**

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg ist einer der sechs anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Er ist weder konfessionell, weltanschaulich noch parteipolitisch gebunden. Der Verband steht für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe und wendet sich gegen jegliche Form sozialer Ausgrenzung. Ihm sind in Baden-Württemberg über 900 selbständige Mitgliedsorganisationen mit insgesamt rund 4.000 sozialen Diensten und Einrichtungen angeschlossen sowie rund 40.000 freiwillig Engagierte. Weitere Informationen unter [www.paritaet-bw.de](http://www.paritaet-bw.de)